

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 845 pbbn d

Inhalt

Robert Antretter MdB zum
Weltwirtschaftsgipfel in Venedig: Mehr Show als Substanz.

Seite 1

Margitta Terborg MdB zum
Jugendprotest in beiden
deutschen Staaten: Kann
man es ihnen verargen?

Seite 3

Joachim Poß MdB zur
Situation im Ruhrgebiet:
Hat Blüm Chancen?
(Teil II u. Schluß)

Seite 4

Annemarie Renger MdB
zum Tod von Stephan Thomas: Die Menschen in seinen Bann gezogen.

Seite 7

42. Jahrgang / 108

10. Juni 1987

Mehr Show als Substanz

Der Weltwirtschaftsgipfel in Venedig vermittelt verwirrende Perspektiven

Von Robert Antretter MdB
Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarats

Der Glanz von Weltwirtschaftsgipfeln ist längst schon dahin. Das 13. Treffen der sieben Staats- und Regierungschefs der wichtigsten Industrienationen des Westens steht unter verwirrenden Perspektiven. Daran ändert auch die romantische Insellandschaft von Venedig nichts. Im Gegenteil: der malerische Hintergrund schärft die Kontraste und verweist auf ein illusionsloses Bild der internationalen Lage.

Nimmt man die Erklärungen vor dem Gipfel, dann sind substantielle Ergebnisse kaum zu erwarten. Besonders die deutsche Bundesregierung hat ja alles getan, um Hoffnungen auf neue wirtschaftspolitische Gemeinsamkeiten der sieben herunterzuspielen. Angesichts der kontroversen nationalen Interessen versucht jede Regierung, „ihr“ Thema als allgemeinen Verhandlungsgegenstand durchzusetzen. Primär wird dabei der innenpolitische Erfolg angestrebt. Vorbei sind die Zeiten eines Bundeskanzlers Helmut Schmidt, als es wirklich um Globalsteuerung der Weltwirtschaft, als es um die politische Anstrengung einer international konzertierten Aktion gegangen ist.

In Venedig versucht ein Medienspektakel die reale Misere des Welthandels zu verschleiern.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kostenlos erhältlich
an allen Rathenower
Kempner-Verlag



Kein Zweifel: das weltweite Wirtschaftswachstum hat sich verlangsamt. Das Haushaltsdefizit der USA und die Dollarschwäche sind beängstigend. Überall macht sich Protektionismus breit. Der japanische Markt ist nach wie vor für Importe aus den EG-Ländern und USA schwer zugänglich. Und die Bundesregierung hat kein überzeugendes Konzept der Wirtschaftspolitik, was ihr soeben auch von Graf Lambsdorff ins Stammbuch geschrieben worden ist.

Eine abflachende Konjunktur in der Bundesrepublik Deutschland mit sinkenden Einnahmen wird jedenfalls die sogenannte Steuerreform zu einem gigantischen Flop machen. Während auch aus CDU-Ländersicht bereits jetzt heftige Kritik geübt wird, wissen Kohl und Stoltenberg offenbar immer noch nicht, wie sie die finanzpolitische Kurve bekommen sollen: würde freilich der Dollar weiter abrutschen, ginge der Export noch stärker nach unten. Der Zweckoptimismus über Wirtschaftswachstumsprognosen eines Martin Bangemann wäre dann vollends als Propagandagerede entlarvt und die Rede von den gemachten Hausaufgaben einer internationalen Lächerlichkeit preisgegeben.

Entsprechend verwirrend war dann auch der Gipfelaufakt in Venedig. Die Themenpalette ist atemberaubend breit geworden. Ob überhaupt noch eine Konzentration auf Wirtschaftsfragen möglich ist, das muß bezweifelt werden. Nach dem Mrs. Thatcher ohnehin ihren Kopf beim britischen Wahlkampf hat, orientiert sich auch der italienische Gastgeber Fanfani auf seinen Wahltermin am 14. Juni. Den Italienern wäre die politische Diskussion über die Beendigung des Krieges zwischen Irak und Iran wichtig, was auch für Ronald Reagan unter dem Aspekt der Bekämpfung des internationalen Terrorismus bedeutend sein könnte. Die militärische Sicherung des Ölweges für die westliche Industrie ist Reagan ebenso ein Anliegen wie die Darstellung seiner aktuellen Abrüstungspolitik gegenüber der Sowjetunion.

Natürlich muß der amerikanische Präsident alles tun, um aus dem Dilemma des Iran-Gate herauszukommen. Wie weit er dabei jene für die Bundesrepublik Deutschland und Japan kritischen Themen, wie zum Beispiel den Abbau von Agrarsubventionen oder die Forderung von neuen Konjunkturprogrammen angeht, bleibt ungewiß. Ob eine internationale Umweltpolitik - ein Steckenpferd von Helmut Kohl - dennoch auf die Tagesordnung kommt, ist fraglich. Leichter fällt da gewiß eine vorgefertigte EntschlieÙung über den Kampf gegen die Immunschwäche AIDS.

Positiv am Venedig-Gipfel bleibt lediglich anzumerken, daß der Präsident der EG-Kommission, Jacques Delors, mit von der Partie ist und daß auf diese Weise die Chance besteht, gemeinsame europäische Interessen kompetent zur Sprache zu bringen. Aber auch damit sind neue Perspektiven, die eine zahlungsunfähig gewordene europäische Gemeinschaft aus ihren akuten Schwierigkeiten herausführen könnten, nirgendwo in Sicht. Wie man es auch dreht: der Weltwirtschaftsgipfel in Venedig hat seinen anspruchsvollen Namen nicht verdient.

(-/10.6.1987/rs/ks)

* * *

Kann man es ihnen verargen?

Zum Jugendprotest in beiden deutschen Staaten

Von Margitta Terberg MdB
Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes
Mitglied des Bundestagsausschusses für innerdeutsche Beziehungen

Kreuzberg brannte. Am Brandenburger Tor wurde geknuppelt. Gleichen sich die Bilder? Gibt es sozusagen den deutsch-deutschen Jugendprotest? Die Parallelen beider Ereignisse - und einer Vielzahl anderer Demo-Aktionen in Westberlin - sind frappierend. Die Hilflosigkeit der Polizisten hier wie drüben ist ebenso eindrucksvoll. Und selbst Journalisten (Kamera-Männer und Berichterstatter am Mikrophon) sind auch schon in Westberlin verprügelt worden. Das gab dann immer eine folgenlose öffentliche Aufregung. Bleibt die Frage: was ist vergleichbar, was ist anders bei den Jugendkrawallen in Berlin (West) und Berlin (Ost)?

Ein absolut Vergleichbares zuerst: die Polizei kann in derlei Aktionen tun, was sie will. Sie tut immer das Falsche. Wir kennen das längst von den Westberliner Demos. Ist „weiche Welle“ angesagt, dann können die beamteten Ordnungshüter eine Eskalation vielleicht verhindern. Regieren Schlagstock und Wasserwerfer, geht die Sache schief. Es endet, leider nur zu häufig, in einer Mischform der Polizeitaktiken. Aggressionen stauen sich auf. Und man darf wirklich nicht nur die Polizei dafür verantwortlich machen. Für die „Grünen“ in Berlin (West) war Kreuzberg etwas vorher in dieser Form noch nie dagewesenes. Für die „Grünen“ in Berlin (Ost) die Randalen am Brandenburger Tor absolutes Neuland. Hilflos im Grunde waren sie immer. Und das macht betroffen.

Die Polizei, das lernen wir nun schon zum wiederholten Mal, kann ein politisches Debakel - da die Hoffnungslosigkeit junger Menschen, dort die Mauer - nicht abwenden. Sie ist zur Feuerwehr-Rolle verdammt. Und schaut, was immer sie auch tut, nicht gut dabei aus.

Im Westen gibt es den Verfassungsschutz bei Demos, der eifrig fotografiert. Da und hier auch einige Provokateure im Solde desselben, aber darüber redet man nicht. Im Osten gibt es den prügelnden Staatssicherheitsdienst. Zusätzlich zum observierenden. Dessen Aktionen sind allerdings so plump und dumm, daß man nicht in der Haut des Verantwortlichen für diese Einsätze stecken möchte.

Die jungen Menschen rebellieren hier wie drüben gegen eine Gesellschaft, die ihnen entweder keine Chancen oder keine Freiräume bietet. Kann man es ihnen verargen? Und kann man auf Dauer, mit welcher Polizeitaktik auch immer, die Deckel auf den Töpfen halten?

Deutsch-deutscher Jugendprotest - deutsch-deutsche Wirklichkeit. Noch ermutigt die Bewältigung der Gegenwart hier wie drüben nicht.

(-/10.6.1987/rs/ks)

* * *



Das Ruhrgebiet - Hat Blüm Chancen? (Teil II und Schluß)

Der Versuch einer politischen Landschaftsbeschreibung

Von Joachim Poß MdB

2. Zur Bedeutung des Dienstleistungsanteils und der Auswahl der regionalen Führungen

In der SPD hat sich eine teilweise heftige Auseinandersetzung über die Frage entwickelt, welche Gründe für Erfolge beziehungsweise Mißerfolge in den großen Städten und Ballungsgebieten entscheidend seien.

Während die einen im Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft den entscheidenden Grund sehen, sprechen andere (so der Freiburger Wissenschaftler Mielke) von einer einseitigen Rekrutierung der regionalen SPD-Führungen aus dem links-alternativen Bereich, die die wesentliche Ursache für steigende Verluste darstelle. Beide Deutungsmuster gehen in ihrer Ausschließlichkeit fehl. Natürlich ist an den regional unterschiedlichen Stimmerngebnissen für die SPD in Nordrhein-Westfalen und im Ruhrgebiet abzulesen, daß der Dienstleistungsanteil eine Rolle spielt. Im nördlichen Ruhrgebiet mit besonders niedrigem Dienstleistungsanteil sind die Wahlergebnisse besser als in den Dienstleistungszentren der Hellwegzone und weitaus besser als die der Rheinschiene.

Am Beispiel: Natürlich ist Dortmund inzwischen ein Dienstleistungszentrum; trotzdem ist die Bindungskraft des Milieus noch in mannigfacher Weise vorhanden: die Arbeitersiedlungen sind nicht verschwunden, die über Sozialplan in relativ jungen Jahren ausgeschiedenen Arbeitnehmer ebenso nicht. Die Verbindungen in funktionierenden Partei- und Gewerkschaftsstrukturen sind noch nicht gekappt. Die intakte politisch-organisatorische Infrastruktur trägt (noch). Die Notwendigkeit neuer Formen von Ansprache und politischer Organisation, um zum Beispiel der Überalterung entgegen zu treten, steigt gleichwohl.

Die Ruhrgebiets-SPD kann jedoch im Gegensatz zu anderen Regionen für sich in Anspruch nehmen, das ihr von den Wählern entgegengebrachte Vertrauen durch intensive Parteiarbeit stets gepflegt und gesteigert zu haben. Das Bekenntnis zur Sozialdemokratie in allen gesellschaftlichen Bereichen wirkt naturgemäß auch in die Schichten - und bindet sie teilweise ein -, die in der Debatte über Dienstleistungsanteile eine Rolle spielen. In diesem Sinne kann die hier praktizierte Vertrauensarbeit durchaus Modelcharakter für andere Regionen für sich beanspruchen.

Die Rekrutierung des Führungspersonals vollzieht sich im Ruhrgebiet nicht wesentlich anders als im übrigen Bundesgebiet. Die Akademiker in der Funktionärsschicht kommen jedoch in aller Regel aus klassischen Arbeiterfamilien und sind insofern Produkte sozialdemokratischer Bildungspolitik. Die Führungsschicht in der Ruhrgebiets-SPD wird allerdings wohl stärker als anderswo gezwungen, die Lebenswelten in der Mitgliedschaft und Anhängerschaft zu berücksichtigen. Insofern verringert sich die von Mielke für weite Bereiche der SPD konstatierte Distanz zu den Lebenswelten und Weltbildern der Arbeiter und Kleinbürger und des aufstiegsorientierten Mittelstandes.



Diese Anpassungsnotwendigkeit der Führung ergibt sich natürlich auch aus der Struktur der Parteiarbeit, in der Vertrauensarbeit vor Ort größer geschrieben wird als die programmatische Diskussion. Es wäre jedoch ein Trugschluß zu vermuten, daß die programmatische Diskussion und Meinungsbildung nicht stattfände. In der einheitlichen Orientierung (siehe zum Beispiel Beschlüsse des Bezirksparteitages Westliches Westfalen zur Energie- und Abrüstungspolitik) gibt es keine Differenzen zur „Mehrheitslinie“ der Partei, wie sie in den Nürnberger Beschlüssen formuliert wurde. Auch die Akademiker in der Führungsschicht verstehen es in aller Regel, sich unakademisch zu vermitteln.

III. Aussichten

Zentrale Voraussetzung einer Stabilisierung sozialdemokratischer Mehrheiten im Revier ist eine Politik der „linken Mitte“, die von der Lebenswirklichkeit und den Problemen der letzten zwei Jahrzehnte dieses Jahrhunderts her Antworten gibt.

Das gilt für die Oppositionspolitik im Deutschen Bundestag wie für die praktische Regierungstätigkeit im Lande Nordrhein-Westfalen und in den Kommunen. Die Berührungen zum Beispiel mit den Sozialenzykliken einerseits und den Fragestellungen grün-alternativer Gruppierungen andererseits sollten dabei nicht Abgrenzungsgänge sondern Aufmunterung für eine „Perspektive nach vorn“ zur Folge haben. Traditionelle Frontstellungen und Etikettierungen helfen bei der Bewältigung des auf uns zukommenden Problembereiches nicht.

Wir müssen zwar immer auch die Fehler unserer politischen Gegner ins Kalkül ziehen, ohne jedoch unsere Städte aus ihnen beziehen zu wollen. Sie können lediglich trendverstärkend wirken.

Bei der Beurteilung der Aussichten bei den kommenden Wahlen ist natürlich ein Blick auf die Rechtskoalition wie auf die Grünen erlaubt. Das Scheitern der Rechtskoalition auf dem zentralen Feld der Wirtschafts- und Finanzpolitik wird in den nächsten Monaten trotz beschönigender Begleitmusik mancher Medien sichtbar werden. Über das Scheitern müssen die Konservativen und Wirtschaftsliberalen aber nicht notwendigerweise ihre Mehrheit verlieren. Die zunehmenden Haushaltsprobleme und Finanzierungsdefizite führen aber dazu, daß Blüm in Nordrhein-Westfalen mit leeren Taschen herumlaufen muß. Das Geld, das in Bonn abzuholen war, hat Strauß bereits kassiert. In dieser Situation fehlt der Kampagne des Norbert Blüm die materielle Substanz.

Für die Kommunalpolitik im Ruhrgebiet gilt überdies, daß die kläglichen Alternativen (unkonkrete Sparappelle und Privatisierungsforderungen) selbst durch eine geschickte Wahlpropaganda, von der die CDU etwas versteht, nicht geschönt werden kann. Für die breite Mehrheit der Wählerschaft hat die SPD im Ruhrgebiet das Profil einer Partei, die für Wohlstandssicherung eintritt. SPD und Industriegesellschaft bilden in den Augen der Menschen eine Einheit. Daher glaubt man der CDU einfach nicht, daß die SPD eine Aussteigerpartei sei. Man kennt schließlich „seine Sozialdemokraten“. Das Ruhrgebiet hat dazu eine starke gemeinsame Orientierung: Krisenbewältigung mit sozialer



Akzeptanz. Für diese Politik steht die SPD und mit ihr viele, die sonst im Lager anderer Parteien zu finden sind beziehungsweise auch schon mal die Lager wechseln.

Dieses Thema, die Diskussion des Zukunftsentwurfs, wird allerdings noch stärker als bisher die Parteiarbeit prägen müssen.

Was bisher sicherlich ein wenig zu kurz gekommen ist, ist die konkrete Vermittlung der Alternativen in der Industriegesellschaft unter ökologischen Aspekten. Dies begünstigt zur Zeit noch die Grünen, deren Wählerschaft ja durchaus zu einem großen Teil aus ganz „normalen“ Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern besteht. Die Grünen im Ruhrgebiet glänzen ganz und gar nicht durch konkrete Gestaltungsalternativen, sondern profitieren von einem Oppositionsbonus, der auch die Folge langer „Regierungsjahre“ der SPD ist.

Die SPD im Ruhrgebiet wird angesichts der großen Herausforderung in den nächsten Monaten und Jahren noch stärker als bisher ihre Orientierungsfähigkeit beweisen müssen.

Die Elemente dieser Orientierungsfähigkeit sind zusammengefaßt:

- Die ehrliche ökonomische Auseinandersetzung, in der Möglichkeiten und Grenzen politischer Gestaltung klar aufgezeigt werden. Die Aufhebung des vermeintlichen Gegensatzes von Ökonomie und Ökologie muß auch und gerade unter Ruhrgebietsbedingungen angestrebt werden. Die Chancen und Risiken des technischen Fortschritts müssen verdeutlicht werden.
- Die Vertiefung und Schärfung des Bewußtseins für die soziale Frage und Chancengleichheit angesichts des sozialen Kahlschlags durch die Rechtskoalition.
- Die verstärkte Diskussion mit allen gesellschaftlichen Gruppierungen, die Vertiefung und der Ausbau bestehender Kontakte sowie die Neuerschließung sozialer Gefiechte. Unvoreingenommene Gesprächsoffenheit muß dabei eher von der SPD als von den Adressaten erwartet werden.

(-/10.6.1987/rs/ks)

* * *

Die Menschen in seinen Bann gezogen

Zum Tod von Stephan Thomas

Von Annemarie Renger MdB
Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

Am 4. Juni 1987 ist Stephan Thomas, der frühere Leiter des damaligen „Ostbüros“ der SPD, der Auslandsabteilung der Friedrich-Ebert-Stiftung und zuletzt Chefredakteur des Deutschlandfunks, einem schweren Leiden erlegen.

Die Politik hatte Stephan Thomas zeitlebens voll in Besitz genommen. Er saß aber nicht in der Studierstube, sondern ging zu den Menschen. Er wollte Politik verständlich machen, ihnen politische Informationen geben, sie überzeugen und für die Sache gewinnen. Es ärgerte ihn maßlos, wenn sozusagen von der Kanzel herab Politik verkündet wurde, ohne daß man sich die Mühe machte, dem Bürger Politik näherzubringen.

Als glänzender Rhetoriker hatte er selbst Freude daran, wenn er die Menschen in Bann ziehen konnte. Vor allem seine Gespräche mit jungen Menschen an den politischen Akademien bestärkten ihn in seiner Auffassung, daß wir trotz aller Unkenrufe eine positive junge Generation haben.

An der Lebensgeschichte dieses Mannes kann man ein Stück deutsche politische Geschichte und Geschichte der Arbeiterbewegung ablesen.

1910 in dem Berliner Arbeiterviertel Neukölln geboren, erlernte Stephan Thomas zunächst den Beruf des Maschinenschlossers, erhielt dann die einmalige Chance, als Arbeiter-Abiturient die Karl-Marx-Schule in Berlin - ein Gymnasium - zu besuchen.

In Berlin und Warschau studierte er Politische Wissenschaften, Rechts- und Staatswissenschaften sowie Russisch und Polnisch, die Sprache, in der seine Mutter mit ihm sprach. Er gehörte dem „Deutsch-Polnischen Forum“ an.

Nach Hitlers Machtergreifung schloß er sich einer illegalen Widerstandsgruppe an. Durch einen glücklichen Zufall wurde er nicht verhaftet. Er wurde Soldat und geriet 1942 in Afrika in britische Gefangenschaft.

Und wieder hatte er Glück: bei einem früheren Studienaufenthalt in England hatte er den bekannten Publizisten Hugh Carlton Greene kennengelernt, der sich seiner erinnerte und ihn gleich nach Ascot holte, einem britischen Gefangenenlager für Antinazis. Seine politischen Tätigkeiten dort blieben nicht verborgen. Nach dem 20. Juli 1944 wurde seine Familie verhaftet, seine Frau Irene in ein KZ gebracht. Sie wurde von der britischen Armee befreit.

1945 aus der Gefangenschaft entlassen, meldete er sich sogleich bei Kurt Schumacher in Hannover, dem Ersten Vorsitzenden der SPD nach dem Kriege. Er wurde in verschiedenen Aufgaben einer seiner vertrautesten Mitarbeiter, wobei eine seiner Aufgaben die Betreuung der ehemaligen Häftlinge aus den kommunistischen Gefängnissen wie der Nazi-Widerstandskämpfer war.

Das Hauptaufgabengebiet Stephan Thomas war das Studium des Kommunismus, vor allem in der stalinistischen Aera. Bald gehörte er zu den besten „Kreml-Astrologen“, und in zahlreichen Vorträgen und Diskussionen setzte er sich vor allem mit der sowjetischen Deutschlandpolitik auseinander.

Und er kommt zu dem Schluß: „Die kritische Auseinandersetzung der Kommunisten mit der Machtpolitik Stalins wäre in unserer Zeit, im nuklearen Zeitalter, eine entscheidende Voraussetzung für den Frieden und den Entspannungsprozeß zwischen den Völkern in Ost und West.“

Stephan Thomas war aber auch ein Kenner der angelsächsischen Außenpolitik. Dazu gehört seine ehrenamtliche Tätigkeit als Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Deutsch-Englischen Gesellschaft, die durch die bekannten politischen „Königswinter Gespräche“ ein neues Verhältnis zwischen Deutschen und Briten herstellen konnte. Noch kurz vor seinem Tode erhielt er einen der höchsten britischen Orden, The Honorary Commander of the British Empire.

Als Vizepräsident der Deutsch-Atlantischen Gesellschaft war er in unzähligen Vorträgen in den Vereinigten Staaten bemüht, dazu beizutragen, die reine „containment-Politik“ zu überwinden und zu einer aktiven amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik, die die sich abzeichnenden Veränderungen in der Führungsmacht des Ostens einbezieht, zu kommen.

Kurt Schumacher, Mentor und Vorbild des Verstorbenen, war für ihn die Verkörperung sozialdemokratischer Politik an sich. Im Geiste Schumachers dessen Werk weiterzuentwickeln, hatte er sich zur Lebensaufgabe gemacht. Dafür sind ihm seine Freunde dankbar. (-/10.6.1987/rs/ks)

* * *